

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	7
Einleitung.....	17
§ 1 Anwendbarkeit des § 11 WpÜG	19
A. Anwendungsbereich des WpÜG	19
I. Öffentliches Angebot.....	19
II. Kontrollerwerb.....	20
III. Angebotsarten.....	22
1. Einfaches Erwerbsangebot.....	22
2. Übernahmemeangebot	23
3. Pflichtangebot	23
4. Gleichstellung von Übernahme- und Pflichtangeboten.....	24
B. Keine Absichten	25
I. Pflicht zur Abgabe einer Negativerklärung	25
II. Ausgestaltung der Negativerklärung	26
1. Meinungsstand	26
2. Stellungnahme.....	27
C. Keine Einflussmöglichkeit	28
I. Angebote unterhalb der Kontrollschwelle	29
1. Allgemeines	29
2. Einflussmöglichkeit	30
a) Kontrollschwelle des § 29 Abs. 2 WpÜG	30
b) Einfluss bei Beteiligungen unterhalb der Kontroll- schwelle	31
aa) Keine feste Prozentgrenze	31
bb) Tatsächliche Einflussmöglichkeit	33
cc) Feststellung der tatsächlichen Einflussmöglichkeit	35
c) Zwischenergebnis	36
3. Einfluss eines anderen Großaktionärs	37
4. Angaben zum eigenen Unternehmen	38
5. Zwischenergebnis	39

II.	Besonderheiten bei der KGaA	39
1.	Konstitution der KGaA	40
2.	Auswirkungen auf den Kontrollbegriff des § 29 Abs. 2 WpÜG	40
3.	Auswirkungen auf Angebote unterhalb der Kontrollschwelle mit Einflussmöglichkeit	41
4.	Zwischenergebnis	42
D.	Nichteinflussmöglichkeit trotz Kontrollmehrheit	43
I.	Regelfälle nach dem WpÜG	43
1.	Pflichtangebote	43
2.	Übernahmeangebote	44
II.	Atypische Fälle	44
1.	Problemdarstellung	44
2.	Einordnung der Angabepflicht in den geschilderten Fällen	46
a)	Fall 3	46
b)	Fälle 1 und 2	46
III.	Umfang der Angabepflicht	48
E.	Eigenes Unternehmen	49
I.	Einführung der Pflicht durch das Übernahmerichtlinie-Umsetzungsgesetz	49
II.	Vorüberlegungen	50
III.	Voraussetzungen des Betroffenseins	50
1.	Zweck der Angabepflicht bzgl. des eigenen Unternehmens	51
a)	Übernahmerichtlinie	51
b)	Übernahmerichtlinie-Umsetzungsgesetz	52
2.	Aus dem Zweck folgende Voraussetzung für die Angabepflicht	53
IV.	Zwischenergebnis	54
F.	Der Erwerb eigener Aktien	55
I.	Bisheriger Meinungsstand	55
II.	Stellungnahme	56
III.	Keine Klärung durch den Gesetzgeber	57
IV.	Zwischenergebnis	58
G.	Angabepflicht bei einer Weiterveräußerungsabsicht	58
I.	Vorüberlegungen	58
II.	Umgehung der übernahmerechtlichen Vorschriften?	59
III.	Keine Umgehungsgefahr bei einem Pflichtangebot	60
IV.	Umgehungsgefahr in den übrigen Fällen	60
1.	Keine Einflussmöglichkeit	60
2.	Bei Bestehen einer Einflussmöglichkeit	61

V.	Möglichkeiten zur Verhinderung von Strohmannsgeschäften	61
1.	Keine Pflicht zur Angabe von Absichten.....	62
2.	Angabe der Weiterveräußerungsabsicht.....	63
3.	Offenlegung des Erwerbers.....	64
VI.	Zwischenergebnis	66
§ 2	Inhalt der Angebotsunterlage	67
A.	Allgemeines zum Inhalt der Angebotsunterlage.....	67
B.	„Absichten ... , einschließlich der insoweit vorgesehenen Maßnahmen“	68
I.	„Künftige Geschäftstätigkeit“	68
II.	Absichten einschließlich der insoweit vorgesehenen Maßnahmen im Hinblick auf die Zielgesellschaft	70
1.	Orientierung an den Regelungen des UmwG.....	70
a)	Gesetzgebungsverfahren und Zweck	70
b)	Umwandlungsrechtliche Auslegung	71
c)	Keine Übernahme der umwandlungsrechtlichen Auslegung	73
2.	Auslegung nach Sinn und Zweck der Vorschrift	73
a)	Normtext.....	74
b)	Ziele des § 11 WpÜG nach der Regierungsbegründung	74
c)	Ziele des WpÜG nach der Regierungsbegründung	74
d)	Ansichten und Auslegung in der Literatur.....	75
e)	Stellungnahme	77
f)	Daraus folgender Sinn und Zweck der Vorschrift	79
aa)	Funktionen der Angebotsunterlage	80
bb)	Interessenunterschied zwischen Arbeitnehmern und Aktionären	82
cc)	Folgen aus dem Interessenunterschied	83
dd)	Weitere Gründe für die Auslegung i. S. d. Arbeitnehmer	84
3.	Historische Auslegung	85
a)	Europäische Regelungen	85
b)	Nationale Regelungen	87
c)	Arbeitnehmerschützende Regelungen im Entstehungsverlauf des WpÜG	91
4.	Richtlinienkonforme Auslegung	93
a)	Erwägungsgründe der Übernahmerichtlinie	93
b)	Inhalt der Übernahmerichtlinie.....	93

c) Auswirkungen auf die Auslegung des § 11 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 WpÜG	94
5. Systematik.....	96
a) Regelung in einem „fremden“ Gesetz	96
aa) Meinungsstand.....	96
bb) Stellungnahme	96
b) Andere Vorhaben des Gesetzgebers	98
aa) Schaffung von Transparenz durch das Risiko- begrenzungsgesetz	98
bb) Folgen für die Auslegung des § 11 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 WpÜG	100
6. Verfassungsrechtliche Überlegungen.....	101
a) Vorüberlegungen	101
b) Unterrichtungspflichten in anderen Gesetzen	102
c) Allgemeine Unternehmerfreiheit und Eigentumsfreiheit.....	102
d) Verletzung der allgemeinen Unternehmerfreiheit durch die Informationspflichten nach dem WpÜG?	103
e) Zwischenergebnis	106
7. Unterschiedliche Auslegung bei Bar- und Tausch- angeboten	106
a) Interessenlage bei einem Barangebot	106
b) Interessenlage bei einem Tauschangebot.....	106
c) Meinungsstand in der Literatur.....	107
d) Stellungnahme	108
e) Zwischenergebnis	109
8. Sind rechtliche Folgen auch anzugeben?	109
a) Meinungsstand.....	110
b) Stellungnahme	110
c) Unmittelbare Folgen eines erfolgreichen Angebots	111
d) Mittelbare Folgen eines erfolgreichen Angebots.....	112
e) Ausschluss durch die Stellungnahmepflicht nach § 27 Abs. 1 Satz 1 WpÜG?	114
f) Zwischenergebnis	115
9. „... einschließlich der insoweit vorgesehenen Maß- nahmen“	115
a) Bezuglich aller Merkmale des § 11 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 WpÜG?.....	115
b) Konkretisierung der Ansichten in der Literatur zum Inhalt der „insoweit vorgesehenen Maßnahmen“	117
c) Bewertung der Ansätze.....	118

d) Genauer Umfang?.....	120
e) Zwischenergebnis.....	121
10. Angabepflicht bzgl. der Tochtergesellschaften der Zielgesellschaft.....	121
a) Lösung über den mittelbaren Kontrollerwerb?.....	121
b) Sonstige Fälle	122
c) Meinungsstand.....	123
d) Stellungnahme	124
e) Zwischenergebnis.....	127
III. Absichten einschließlich der insoweit vorgesehenen Maßnahmen im Hinblick auf das eigene Unternehmen des Bieters.....	127
1. Übernahmerichtlinie	128
2. Umsetzung in nationales Recht und Begründung	128
3. Auslegung	129
4. Kein verfassungsrechtliches Gebot einer engen Auslegung	130
5. Rechtliche Folgen	131
6. „.... einschließlich der insoweit vorgesehenen Maßnahmen“	132
7. Tochtergesellschaften des eigenen Unternehmens des Bieters.....	132
8. Zwischenergebnis	132
IV. Richtigkeit und Vollständigkeit der Angebotsunterlage (§ 11 Abs. 1 Satz 3 WpÜG).....	133
1. Zeitpunkt.....	133
a) Ausgangssituation.....	133
b) Berichtigung und Aktualisierung der Angebotsunterlage	133
2. Konkretisierungsgrad der Absichten.....	135
a) Prognosecharakter der Absichten	135
b) Grundlage der Richtigkeit und Vollständigkeit.....	137
c) Konkrete Absichten	139
d) Eigenes Unternehmen.....	141
3. Bindungswirkung der Absichtsangaben.....	141
4. Zwischenergebnis	142
V. Welche Absichten müssen angegeben werden?	143
1. Allgemeines	143
a) Wesentlichkeit der Absichten.....	143
b) Die Arbeitnehmer betreffenden Maßnahmen	144
c) Trennungstheorie.....	145
d) Positive Auswirkungen.....	146

2. Arbeitnehmer	146
3. Vertretungen der Arbeitnehmer	146
4. Wesentliche Änderungen der Beschäftigungsbedingungen	147
C. „Arbeitnehmer“	147
I. Arbeitnehmerbegriff allgemein	147
II. Nicht erfasste Personen	148
III. Leitende Angestellte	149
D. Vertretungen der Arbeitnehmer.....	150
I. Beschränkung auf betriebsverfassungsrechtliche Vertretungen?	150
II. Mitbestimmte Aufsichtsräte.....	152
III. Andere Vertretungen	153
E. „Wesentliche Änderungen der Beschäftigungsbedingungen“	154
I. Keine allgemeingültige Definition.....	154
II. Einfluss auf die Beschäftigungsbedingungen	155
III. Wesentlichkeit der Änderungen	155
F. Beispielhafte Untersuchung bestimmter Vorhaben.....	156
I. Übergeordnete Absichten	157
II. Spezielle Maßnahmen.....	157
1. Arbeitnehmer	158
a) Absichten.....	158
b) Rechtliche Folgen	158
2. Vertretungen der Arbeitnehmer	158
a) Absichten.....	158
b) Rechtliche Folgen	159
3. Wesentliche Änderungen der Beschäftigungsbedingungen	159
a) Absichten.....	159
b) Rechtliche Folgen.....	160
G. Beispiel einer Unterlage	160
I. Angaben des Bieters, der einen umfassenden Einblick in die Zielgesellschaft und ihre Tochterunternehmen auf Grund bereits bestehender Beteiligungen oder auf Grund einer umfänglichen Due Diligence erhalten konnte und dabei große Umstrukturierungen plant.....	161
II. Angaben des Bieters, der keinen näheren Einblick in die Zielgesellschaft und ihre Tochtergesellschaften hatte, aber nach den allgemein bekannten Informationen gewisse Umstrukturierungen generell umsetzen will.....	164

§ 3 Folgen fehlerhafter oder unterlassener Angaben.....	167
A. Allgemeines.....	167
B. Aufsichtsrechtliche und verwaltungsrechtliche Folgen.....	168
I. Möglichkeiten der BaFin	168
1. Fristverlängerung	168
2. Untersagung des Angebots.....	168
II. Möglichkeiten des Bieters	170
III. Möglichkeiten Dritter	170
1. Notwendigkeit eines Drittschutzes.....	171
2. Drittschutz von § 11 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 WpÜG	171
a) Einschränkende Ansicht	171
b) Den Drittschutz bejahende Ansicht	173
c) Stellungnahme	174
aa) Zum Willen des Gesetzgebers	174
bb) Vorgaben der Übernahmerichtlinie	175
cc) Zu § 4 Abs. 2 WpÜG.....	176
d) Zwischenergebnis	176
3. Verletzung von Rechten der Arbeitnehmer.....	176
a) Unterrichtungsrechte der Arbeitnehmer	177
b) Sonstige Rechte der Arbeitnehmer	178
4. Sonstige Möglichkeiten der Arbeitnehmer	178
C. Straf- und bußgeldrechtliche Folgen	179
I. Bußgeldrechtliche Folgen.....	179
II. Strafrechtliche Folgen.....	179
1. Kapitalanlagebetrug (§ 264a StGB).....	179
2. Strafbarkeit wegen einer verbotenen Kurs- und Marktpreismanipulation (§ 38 Abs. 2 2. Variante WpHG i. V. m. § 39 Abs. 2 Nr. 11 WpHG i. V. m. § 20a WpHG).....	179
D. Zivilrechtliche Folgen	180
I. Haftung nach § 12 WpÜG	180
II. Haftung nach §§ 823 Abs. 2 BGB i. V. m. 11 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 WpÜG.	181
E. Weitere Möglichkeiten der Arbeitnehmer	181
§ 4 Zusammenfassung.....	183
Literaturverzeichnis	187